



Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 21. Oktober 2003

Nr. 3883

Interpellation

Interpellation Peter Dörflinger: "Feminisierung" und "Teilzeitifizierung" der Primarschule; schriftlich

Peter Dörflinger und 30 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 26. August 2003 die beiliegende Interpellation "Feminisierung und Teilzeitifizierung der Primarschule" ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1

Die städtischen Schulen sind bestrebt, eine geschlechterbewusste Pädagogik zu betreiben. Diese geht über die Forderung nach einem gleichen Unterrichtsangebot für Knaben und Mädchen hinaus. Wünschenswert wäre deshalb ein ausgeglichenes Verhältnis von weiblichen und männlichen Lehrkräften über alle Stufen. Tatsache ist aber, dass an den Primarschulen derzeit nur noch rund ein Viertel der Lehrpersonen Männer sind. Die Erfahrung aus den eingehenden Bewerbungen für offene Primarlehrstellen, aber auch die Anzahl studierender Frauen an der Pädagogischen Hochschule Rorschach lassen den Schluss zu, dass diese Tendenz noch zunehmen wird. Eine ausgeglichene Geschlechtersituation herrscht dagegen auf der Oberstufe mit je 50 Prozent unterrichtender Männer und Frauen.

Die Situation der Stadt St.Gallen bildet in der Schweiz keine Ausnahme und widerspiegelt das internationale Phänomen, wonach sich Männer für den Lehrberuf in den Grundstufen kaum mehr interessieren. Laut OECD beträgt in den Industrieländern der durchschnittliche Frauenanteil bei den Lehrkräften auf der Primarstufe bereits 80 Prozent, während er bei den Lehrkräften auf der Sekundarstufe bei 65 Prozent liegt. Angesichts dieser Entwicklung kann die Geschlechterzusammensetzung des Lehrkörpers von den Behörden kaum gesteuert werden. Anders sieht die Situation aus, wenn es um die vermittelten Rollenbilder und die Bildungsinhalte geht. Hier muss die Schule die Frage der "Feminisierung der Primarstufe"



aufnehmen und diese im Kontext der geschlechterbewussten Pädagogik zum Thema machen. Es wird angestrebt, dass die Schulen diese Thematik vermehrt in die Qualitätsentwicklung einbeziehen.

Zu Frage 2

Lehrkräfte, die im Jobsharing unterrichten oder Kernfächer erteilen, haben meist ein Pensum von acht und mehr Lektionen pro Woche. Die nachfolgende Aufstellung gibt Auskunft über die Anteile der Lehrkräfte mit einem Pensum unter und einem solchen über acht Lektionen pro Woche. Im ersten Fall erfolgt die Anteilsberechnung ohne sporadische Stellvertretungen, Schwimmhilfen, Lagerleitungen etc., im zweiten Fall werden diese Lehrpersonen in die Berechnung mit einbezogen.

Bereich Kindergarten bis Oberstufe

Teilzeitlehrkräfte mit weniger als acht Lektionen pro Woche	117 = 15,7 %
Lehrkräfte mit mehr als acht Lektionen pro Woche	629 = 84,3 %
Anzahl der Lehrkräfte total	746 = 100,0 %

Teilzeitlehrkräfte mit weniger als acht Lektionen pro Woche einschliesslich sporadische Kleinstpensen	817 = 56,5 %
Lehrkräfte mit mehr als acht Lektionen pro Woche	629 = 43,5 %
Anzahl Lehrkräfte total	1'446 = 100,0 %

Zu Frage 3

Eine Reduktion der teilzeitlich angestellten Lehrkräfte zu Gunsten von Vollzeitlehrkräften kann in den einzelnen Schulen zu einer qualitativen Verbesserung der Beziehungsebene führen, da der Schulleitung mehr Zeit für die Personalpflege, insbesondere für die Kommunikation mit den Lehrkräften bleibt. Dies wiederum kann eine Verbesserung des Schulklimas und der Schulqualität insgesamt bewirken. Ähnliches ist auch in anderen Bereichen der Stadtverwaltung festzustellen.

Zu Frage 4

Primarlehrerinnen bewerben sich weniger als ihre männlichen Kollegen für besondere Ämter und Funktionen. Dies entspricht der Situation bei anderen Kaderstellen in Verwaltung und Wirtschaft.



Zu Frage 5

Mit Sicht auf die Verantwortung für die gesamte Schule trifft es in der Regel zu, dass Lehrpersonen im Vollamt auf Grund ihrer Verfügbarkeit mehr Verantwortung übernehmen. Betrachtet man die Verantwortung für die einzelne Klasse, leisten teilzeitlich arbeitende Lehrpersonen den selben Einsatz wie vollzeitliche Lehrpersonen. Zusätzlichen Aufwand erfordert der erhöhte Koordinationsbedarf. Es zeigt sich auch, dass gerade weibliche Lehrpersonen, welche Teilzeitarbeit in Kombination mit einer Mutterrolle erbringen, besondere Fähigkeiten der Wahrnehmung und Deutung von Emotionen an Schülerinnen und Schülern entwickeln und für Schulentwicklungsprozesse sehr zugänglich sind.

Zu Frage 6

Klassenlehrkräfte nehmen im Gegensatz zu Fachlehrkräften bzw. Lehrkräften mit einem eingeschränkten Auftrag eine zusätzliche Belastung auf sich. Die zunehmenden erzieherischen Probleme, mit denen sich die Klassenlehrkräfte konfrontiert sehen, sowie die komplexen Familienstrukturen, welche die Elternarbeit erschweren, fordern Klassenlehrkräfte über ihren eigenen Berufsauftrag hinaus. Es ist legitim, wenn in diesem Zusammenhang der Leiter Schulamt persönliche Überlegungen anstellt, ob die heutige Besoldungsstruktur den aktuellen und künftigen Herausforderungen im Lehrberuf noch genügend Rechnung trägt, und wenn er diese Überlegungen auf Anfrage gegenüber den Medien vertritt. Wenn sich auch Vertreter des Erziehungsdepartementes gegenüber den Medien verschiedentlich zur Struktur der Besoldung der Lehrkräfte äusserten, muss es dem Leiter Schulamt in Vertretung der städtischen Schulleitungen unbenommen sein, zu diesem wichtigen Thema Stellung zu beziehen. Im Übrigen ist zu betonen, dass die Besoldung der Lehrkräfte Angelegenheit des Kantons ist und der Stadtrat darauf keinen direkten Einfluss nehmen kann.

Zu Frage 7

Die zunehmenden Herausforderungen des Lehrberufes haben die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) im Jahr 2001 bewogen, eine "Erklärung zu den Perspektiven des Lehrberufs" zu verabschieden. Diese verfolgt das Ziel, auch künftig genügend Lehrerinnen und Lehrern zu rekrutieren, die einerseits für einen erfolgreichen schulischen Unterricht sorgen, andererseits sich für eine gedeihliche Entwicklung unserer Gesellschaft einsetzen. Die EDK hofft, dies mit einer Reihe kurz- und langfristiger Massnahmen zu erreichen. Es betrifft dies die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte, das Image des Berufs, die Rekrutierung und die Information. So sollen die Diplome der Pädagogischen Hochschulen zum Unterricht im ganzen Land berechtigen, der Sozialstatus von Lehrkräften soll erhöht und die Berufslaufbahn der Lehrerinnen und Lehrer attraktiver gemacht werden. Für die Rekrutie-



rung von Kandidatinnen und Kandidaten für das Lehramt sollen Strategien und Massnahmen entwickelt werden. Ebenso ist eine Informationskampagne geplant. Dieser Massnahmenkatalog zeigt deutlich, dass auch die EDK Handlungsbedarf bezüglich Image und Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte sieht.

Wenngleich für die Umsetzung dieser Massnahmen die Kantone verantwortlich sind, entbindet dies die Stadt nicht von Anstrengungen, im Rahmen der ihr als Arbeitgeberin zustehenden Kompetenzen und Freiräume mit eigenen Massnahmen Image und Rahmenbedingungen für die Lehrkräfte zu verbessern. Wichtigste Massnahme ist hier die Bestandespflege, welche die Wertschätzung der Stadt als Arbeitgeberin gegenüber der geleisteten Arbeit der Lehrkräfte zum Ausdruck bringen muss. In diesem Zusammenhang kann auf die Ausführungen des Stadtrates zur Interpellation "Qualifizierte Lehrpersonen für unsere Schulen" vom 5. Februar 2002 hingewiesen werden.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Venanzoni

Beilage:
Interpellation

